Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 45 (1951)
Heft: 12

Artikel: Weltrundschau: Westdeutschland 1951 ; Das deutsche Problem ; Die westliche Lösung ; Um die Wiederaufrüstung ; Die Folgen ; Der alte Geist ; Die östliche Lösung ; Ohne uns!
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139545

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Westdeutschland 1951 Wieder steht die Weihnacht vor der Tür. Und wiederum ist höchste Friedlosigkeit das Zeichen, unter dem die Erde und ihre Bewohner stehen. Zwar neigt sich der offene Krieg, der anderthalb Jahre lang in *Korea* gewütet hat, nun doch seinem Ende zu; die schwierigste Frage, die den seit vier Monaten zusammensitzenden Unterhändlern gestellt war, diejenige des Verlaufs der Grenzlinie zwischen den beiden Fronten, ist jetzt glücklich gelöst – im wesentlichen nach den Forderungen der Amerikaner –, und wenn bis Jahresende auch über die weiteren Streitpunkte eine Einigung erzielt wird, dann steht dem Abschluß eines Waffenstillstands nichts mehr im Weg. Aber von da bis zu einem wirklichen Frieden im Fernen Osten ist es noch weit. Und fast noch weiter scheint es bis zur Schaffung eines dauerhaften Friedenszustandes in *Europa;* ja, die Entlastung in Ostasien droht eher zu einer stärkeren Konzentration der Kräfte auf die Auseinandersetzung in Europa zu führen, die nun unverkennbar in ihren entscheidenden Abschnitt eingetreten ist.

Daß es dabei wesentlich auch um die Zukunft *Deutschlands* gehen wird, ist schon durch die Geographie gegeben; der Riß zwischen Ost und West geht ja mitten durch Deutschland, und wie die Einheit Deutschlands nur durch die Aufhebung der Verfeindung der beiden Weltmachtgruppen wiederhergestellt werden kann, so würde umgekehrt eine Lösung der deutschen Frage auch die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes von Ost- und Westblock bannen. Grund genug, um an der Schwelle des neuen Jahres den prüfenden Blick vor allem auf Deutschland zu richten!

Schicken wir ein paar notgedrungen flüchtige Eindrücke voraus, die zwei je einwöchige Besuche in Südwestdeutschland – Hessen, Schwaben und Franken – dem Schreibenden während dieses Jahres vermittelt haben. Das äußere Bild ist nicht ungünstig. Die Kriegszerstörungen sind mit bewundernswertem Fleiß und Mut schon weithin wieder gutgemacht, Handel und Wandel scheinen fast normal zu funktionieren, und neues Leben blüht allüberall aus den Ruinen. Auffällig ist namentlich die verstärkte Industrialisierung weiter Landstriche – eine Folge der Verlagerung zahlreicher Betriebe und Unternehmungen aus Ostdeutschland in den Westen und der Ueberschwemmung der westlichen Länder mit Flüchtlingen aus den früheren Ostprovinzen, die heute zu Rußland, Polen und (wieder) zur Tschechoslowakei gehören. Dank dieser neuen Völkerwanderung zählt zum Beispiel ein schwäbisches Städtchen, durch das ich kam, gegen vorher 3500 Einwohner jetzt deren mehr als 5000. Ein ganzes Industriequartier ist neu erstanden, ausgedehnte Wohnsiedelungen verändern das altgewohnte Bild von Grund auf, und auf dem Friedhof

sieht man bereits eine Reihe von Gräbern mit fremdländischen Namen und Inschriften wie die: «Tief drin im Böhmerwald, da stand mein Heimatort» . . .[1]

Die Menschen sehen im ganzen recht genährt und gut gekleidet aus, und die Läden sind auch in kleineren Orten übervoll von Waren der mannigfaltigsten Art bei meist guter Qualität. Wer sie kauft, ist allerdings eine andere Frage; Westdeutschland hat heute rund anderthalb Millionen Arbeitslose, doppelt so viel wie vor dem Krieg, und an die zwei Drittel aller Erwerbstätigen verdienen nicht mehr als 250 Mark im Monat, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß das Doppel- und Mehrverdienertum in einer Familie eine sehr häufige Erscheinung ist. Die bäuerliche Bevölkerung lebt meistens gut, eine kommerzielle und industrielle Oberschicht sogar sehr gut; sie ist es, die vor allem die «besseren» Cafés, Restaurants, Hotels und Kurorte füllt. Die Wohnungsnot ist fast überall erschreckend groß; Hunderttausende leben in elenden Baracken und Kellergeschossen, und so viel auch gebaut wird, so hoffnungslos bleibt das Wohnungsangebot hinter dem Bedarf zurück. Daß der sittliche Zustand der westdeutschen Bevölkerung – und zwar die geschäftliche und politische Moral wie die private und persönliche – unter diesen Umständen denkbar fragwürdig ist, kann nicht wundernehmen. Man braucht bloß die Bücher- und Zeitschriftenkioske anzusehen mit ihrer Schund- und Sensationsliteratur, um im Bild über ein Publikum zu sein, das seine geistige Nahrung aus diesen Quellen bezieht. Auch die Prostitution soll ganz schlimm sein, gefördert insbesondere durch die alliierten Besatzungstruppen, deren Lebenshaltung und Lebensführung auch sonst viel Ärgernis erregt. «Ami, geh' heim» ist der Wunsch fast aller Westdeutschen, mit dem freilich die ganz allgemeine Angst vor dem Russen und das Verlangen nach Schutz durch die westliche Militärmacht ständig im Streit liegt. Tatsächlich wird gerade jetzt die amerikanische Besatzungsarmee wesentlich verstärkt; in Ulm zum Beispiel richtet

[1] Das Eindringen der Flüchtlingsmillionen aus dem Osten in West- und Süddeutschland trägt auch wesentlich dazu bei, die Stammesunterschiede, die durch das moderne Leben ohnehin mehr und mehr aufgehoben werden, noch weiter abzuschleifen und ein standarisiertes Einheitsdeutschtum wenig erfreulicher Art zu erzeugen. Diese Gleichmacherei wird außerdem noch durch politische Eingriffe wie die Verschmelzung Württembergs mit Baden zu einem künstlichen «Südweststaat» gefördert. Bei der jüngsten Volksabstimmung hat sich zwar eine, wenn auch nur knappe, Mehrheit von Badenern (zu der die wurzel- und traditionslosen Flüchtlinge aus dem Osten sicher nicht gehörten) gegen den Südweststaat ausgesprochen; da aber die annexionsfreudigen Württemberger zahlenmäßig weitaus überwiegen, wird nun eben wahrscheinlich doch verschmolzen. Nach schweizerischen Begriffen ist das einfach Vergewaltigung; kein Kanton dürfte es bei uns wagen, gestützt auf seine größere Stimmkraft einen weniger volksreichen andern Kanton einfach einzugemeinden; siehe die Auseinandersetzungen um die Wiedervereinigung von Baselstadt mit Baselland. Aber die Deutschen haben eben wirklich ihre eigenen Begriffe von Demokratie. Minderheitenschutz ist ihnen offenbar fremd; Hauptsache sind die «wirtschaftlichen Belange», denen alles andere, besonders auch ungreifbare Werte, ohne weiteres geopfert wird. (16. Dezember.)

man zurzeit nicht weniger als ein Dutzend neuer Kasernen für die Amerikaner her, während in der Pfalz ein riesiger Westwall als Aufnahmestellung für den Fall des Rückzugs vor einem russischen Einfall aus dem Boden wächst.

Das deutsche Problem Was steht nun aber *hinter* all diesen bunten (oder trüben) Erscheinungen des deutschen Nachkriegslebens? Worum handelt es sich, wenn wir von einem deutschen Problem reden, das gelöst werden müsse, wenn es in Europa Frieden geben solle? Ich denke, man wird mir kaum widersprechen, wenn ich sage, daß das deutsche Problem zuletzt geistiger, ja religiöser Natur ist. Es haben diejenigen kaum Unrecht, die meinen, das deutsche Volk sei in Wirklichkeit nie christianisiert worden, und es sei auch nicht durch die weltlich-gesellschaftlichen Formungskräfte diszipliniert worden, die beispielsweise das französische Volksleben so stark prägen und beherrschen. Wie es Friedrich Wilhelm Foerster immer wieder ausdrückte: Der Deutsche hat sich in seinem Bedürfnis nach Bändigung des Chaotischen, Wuchernden, ja Dämonischen in seiner Natur an die Obrigkeit, den Staat, das Militär verloren, die aber sein inneres Chaos nur organisierten, um es desto verheerender nach außen zu schleudern. Er hat dabei mit seiner «wütenden Logik» die letzten, furchtbarsten Konsequenzen aus einem Zustand gezogen, der sich schon seit Jahrhunderten in Westeuropa entwickelt hatte, insbesondere aus dem Prinzip des nationalen Machtstaates und der daraus entstehenden Machtkonkurrenz, die die civitas humana der mittelalterlichen Christenheit ersetzt hat. Und wie dieses Neudeutschtum, das von dem wahren europäischen Beruf Deutschlands, eine völkerverbindende und -versöhnende Kraft zu sein, treulos abgefallen ist, nur erlöst werden kann, wenn es den Weg vom Antichrist zu Christus findet, so wird auch Europa in seiner Auseinandersetzung mit Deutschland nur dann dauernden Erfolg haben, wenn es begreift, «daß die deutsche Frage eine europäische Frage auch in dem Sinne ist, daß Deutschland ein Chaos bleibt, solange Europa ein Chaos bleibt – ist doch Deutschland der ausgewachsenste Ausdruck dieses Chaos, dieser Entgeistigung, dieses Ich-Wahns der Einzelnen und der Kollektivitäten». (Förster, «Europa und die deutsche Frage», erschienen 1937, Seite 506 und 507.)

Diese Erkenntnisse gilt es nun zu konkretisieren, das heißt in die Sprache der Politik und Wirtschaft zu übersetzen und auf die gegenwärtige Lage Deutschlands anzuwenden. Wie stellt sich von hier aus das deutsche Problem dar? Kurz gesagt: als das Problem des *aggressiv-kriegerischen Imperialismus*. Der Imperialismus ist die Spätform des Kapitalismus ganz allgemein; er kennzeichnet die Außenpolitik der kapitalistischen Klasse jedes größeren Landes, wächst er doch aus der Notwendigkeit hervor, den mit der technischen Entwicklung immer größer werdenden Ueberschuß der Produktion über den verhältnismäßig begrenz-

ten Verbrauch der kaufschwachen heimischen Bevölkerung ins Ausland abzuschieben, gleichzeitig neue Ausbeutungs- und Gewinnmöglichkeiten für das zu Hause immer weniger rentabel «arbeitende» Kapital zu finden und sich reichliche, ständig fließende Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen außerhalb der eigenen Grenzen zu sichern. Aber besondere geschichtliche Bedingungen wirkten zusammen, um in Deutschland einen Imperialismus von besonderer Gefährlichkeit zu entfalten: seine lang konservierte feudal-koloniale Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, vor allem im ostelbischen Raum; seine erst spät gewonnene nationale Einheit, die seine kapitalistische Entwicklung lange verzögerte, sie aber dann nur um so stürmischer und explosiver werden ließ; das Ausbleiben einer bürgerlich-liberalen Revolution, die die Vorherrschaft des Feudaladels und der konservativen Beamtenkaste hätte brechen können; die als Folge davon entstandene Verbündung von Junkertum und industrieller Unternehmerschaft, verstärkt durch den neuen Handels- und Finanzkapitalismus, ein Bündnis, das die ganze deutsche Innenpolitik der bismarckischen und wilhelminischen Zeit bestimmte. Und dann, was besonders wichtig wurde: die Bejahung und Unterstützung des national-militaristischen Imperialismus durch die deutsche Geistigkeit, durch einen fehlgeleiteten Idealismus, durch die Bildungs- und Gelehrtenschicht und namentlich durch die protestantische – weniger die katholische – Kirche und Theologie von Luther bis zu Naumann, Harnack und Troeltsch. Die Opposition gegen das «System» ging mehr und mehr auf die sozialdemokratisch geführte Arbeiterschaft über – bis auch sie, in der moralischen Katastrophe von 1914, mit fliegenden Fahnen ins Lager des Klassengegners und damit des erobernden Imperialismus überlief. Der aufsteigende Nazismus sah sie dann wieder mehr oder weniger in Opposition, die aber nur allzu schnell und gründlich unterdrückt wurde und nicht verhindern konnte, daß Hitler all die aggressiven und expansiven Kräfte der deutschen Vergangenheit gewaltig zusammenfaßte und gegen die Außenwelt warf. Den Boden dafür hatte einerseits der durch den ersten Weltkrieg entfesselte und nach der Niederlage wiederaufgepeitschte Volksnationalismus und -militarismus bereitet, anderseits der Zerfall der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Ausbildung mehr und mehr geschlossener Wirtschaftsimperien, denen gegenüber sich ein auf engen Raum begrenztes Deutschland in unerträglichem Nachteil fühlte und sich nur durch gewaltsame Erweiterung seiner Lebensgrundlage, besonders nach Osten und Südosten zu, behaupten zu können glaubte.

Der Zusammenstoß Deutschlands mit seiner Umwelt in einem zweiten Weltkrieg war damit ebenso unvermeidlich geworden, wie sein erster Krieg aus dem Gegensatz seines neuen, autokratisch-militaristischen Imperialismus mit dem alten, liberal-demokratisch gefärbten Imperialismus der Westmächte und dem feudal-absolutistischen Imperialismus Rußlands entsprungen war. Und eine neue Wiederholung dieses Zusammenstoßes wird nur dann zu verhindern sein, wenn die ganze wirtschaftlich-soziale

und politische Struktur Deutschlands, die seinen Imperialismus erzeugt und getragen hat, von Grund auf umgewälzt und Deutschland in ein Europa eingegliedert wird, in dem das kapitalistisch-nationalistische Chaos durch eine sozialistisch-internationalistische Ordnung ersetzt ist. Das ist die Aufgabe, vor die Deutschland die Welt und besonders Europa gestellt hat.

Die westliche Lösung Wie ist sie gelöst worden? Antwort: Sie ist bisher nicht gelöst worden. Die Westmächte haben sie nicht einmal erkannt; ihnen steht eine ganz andere europäische Aufgabe vor Augen, an deren Lösung sie alle Kraft setzen – ein falsch gesehenes Problem, dessen versuchte Lösung sie in verhängsnisdrohender Weise von der Lösung des wirklichen gesellschaftlichen Problems unserer Zeit, die auch diejenige des deutschen Problems in sich schließt, ablenkt.

Die Westmächte führen damit – wir meinen: mit dem Machtkampf gegen den Kommunismus – freilich nur die Linie weiter, auf der sich ihre Politik schon nach dem ersten Weltkrieg, ja bereits im Schlußabschnitt dieses Krieges, bewegt hatte. Als die russische Revolution ausbrach und auch in Deutschland die soziale Revolution (nicht nur ein politischer Regimewechsel) sich ankündigte, da verbündeten sich England und Frankreich offen mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus, um die angehobene russische und die «drohende» deutsche Revolution gewaltsam zu ersticken. Man muß K. Zilliacus («Mirror of the Present», p. 117) zustimmen, wenn er schreibt:

«Es ist schwer, dem Schluß auszuweichen, daß, wenn sie (die Westalliierten) *mit* der Russischen Revolution gearbeitet hätten, statt *gegen* sie, der Krieg sechs Monate bis ein Jahr früher zu Ende gewesen wäre und das deutsche Volk bei der Ausrottung der alten Ordnung bis zur Wurzel ganze Arbeit geleistet hätte. Das italienische Volk hätte sein Beispiel befolgt. Europa wäre tatsächlich sozialistisch geworden, es hätte nie einen Hitler oder Mussolini, keine faschistischen und reaktionären Diktaturen im größten Teil von Mittel- und Osteuropa gegeben, und es wäre nie zu einem zweiten Weltkrieg gekommen.»

Die Westmächte, eingeschlossen Amerika (nach Wilsons Tod), führten diesen gegenrevolutionären Kurs in der ganzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen konsequent weiter. Sie bauten das kapitalistische Deutschland großzügig wieder auf, ließen Hitler groß werden und suchten ihn gegen ihren *eigentlichen* Feind, die Sowjetunion und die von ihr getragene soziale Revolution, auszuspielen, bis sich Hitler gegen sie selber kehrte und sie notgedrungen sogar mit Stalin zusammenarbeiteten. Der nazistische Imperialismus wurde dank dieser Zusammenarbeit auf den Schlachtfeldern geschlagen – aber seine gesellschaftlichen Wurzeln, insbesondere die kapitalistisch-bürgerlichen Ordnungen, wurden nicht ausgerissen. Schüchterne Ansätze der britischen Politik zu einer Sozialisierung der westdeutschen Großindustrie wurden von den Vereinigten

Staaten rücksichtslos zunichte gemacht, entschlossen wie diese waren, Westdeutschland zum Mittelpunkt eines wiederaufzubauenden europäischen Kapitalismus zu machen. Die Wiederherstellung eines bürgerlich-konservativen deutschen Weststaates, mit wohlwollender Duldung des erneuten Eindringens starker nazistischer Elemente in das politische Leben, die Wiederbelebung des Nationalismus und besonders die militärische Wiederaufrüstung Westdeutschlands waren die notwendige Folge.

Kurz, Westdeutschland wurde ungefähr mit der gleichen Struktur, die es vor Hitler hatte, zum Bundesgenossen der «freien Völker» erhoben, als Hauptbollwerk und Rammbock gegen die von Osten her drohende soziale Umwälzung, die ja bereits ganz Ostdeutschland erfaßt hatte. Der deutsche Neumilitarismus und -imperialismus ruht auf dem (mehr oder weniger) festen Untergrund vor allem des amerikanischen Willens, in erster Linie und um jeden Preis die Herrschaft des «freien Unternehmertums» in Deutschland selbst und in Europa wiederherzustellen und zu sichern, die soziale Revolution aber mit allen Mitteln von diesem weltwichtigen Kerngebiet fernzuhalten oder, wo sie bereits ins Werk gesetzt war, sie wieder zu zerschlagen. Und wenn Amerikas europäische Verbündete der Führung der Vereinigten Staaten auch nur zögernd gefolgt sind, so sind sie, aus Furcht vor dem Kommunismus und im Begehren nach amerikanischer Wirtschaftshilfe, ihr doch gefolgt. Bezeichnend für diese Wandlung der Einstellung gegenüber Deutschland ist die mehr als warme Aufnahme, die gerade während wir schreiben, der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer bei seinem ersten amtlichen Besuch in London findet. «Es soll bei diesem Besuch», so läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» unter dem 3. Dezember aus der britischen Hauptstadt berichten, «der Freundschaftswille nicht nur der Regierungskreise, sondern der ganzen Nation für das neue (!), von Adenauer vertretene Deutschland zum Ausdruck kommen» . . .

Um die Wiederaufrüstung Verweilen wir aber noch einen Augenblick bei dem Herzstück der westmächtlichen Deutschlandpolitik, bei der militärischen Wiederaufrüstung der Bonner Republik. «Die Alliierten», so sagte Herr Adenauer schon zu Ende 1949, «müssen sich fragen, was schlimmer ist: ein deutsches Kontingent in einer europäischen Armee oder die russische Drohung.» Da für sie die russische Drohung mit einer gewaltsamen Bolschewisierung Westeuropas eine Tatsache ist, an der es nichts zu deuteln gibt, so fiel ihnen die Wahl grundsätzlich nicht schwer. Schwierigkeiten bereitet hingegen immer noch die Art und Weise, wie der «deutsche Beitrag zur Verteidigung des Westens» praktisch geleistet werden soll. Es galt und gilt dabei vor allem, gewisse französische Empfindlichkeiten zu schonen, sei es auch nur der Form nach. Noch vor etwas mehr als einem Jahr erklärte der damalige französische Wehrminister Jules Moch – der auch

Jude und Sozialist ist –, die deutschen Einheiten in einer künftigen westeuropäischen Armee dürften auf keinen Fall Bataillonsstärke überschreiten. Schon bald waren es aber nur mehr etwas ungenau umschriebene größere «Kampfgruppen» («combat teams»), über die man in den französischen Regierungskreisen bei der Festsetzung der deutschen Heereseinheiten nicht hinausgehen zu können behauptete. Und jetzt hat sich auch Frankreich damit abgefunden, daß die normale deutsche Einheit die Division sein müsse, wenn überhaupt eine kriegsverwendungsfähige Europaarmee zustande kommen solle. Gleichzeitig klammert man sich in Frankreich, als an einen Rettungsanker, der vor dem Ertrinken in einer neuen deutschen Militärflut schützen könne, an den berühmten Pleven-Plan, also an die Idee einer Europaarmee, die nicht aus mehr oder weniger selbständigen nationalen Armeen der beteiligten Staaten, sondern aus restlos mit einander verschmolzenen Einheiten gleichartig uniformierter, bewaffneter und ausgebildeter Soldaten der verschiedenen Länder unter gemeinsamem Kommando zusammengesetzt sein soll. Allein die Widerstände gegen eine derartige Preisgabe der nationalen Souveränität gerade auf dem als lebenswichtig erachteten militärischen Gebiet sind in Frankreich selbst wie in den anderen westeuropäischen Ländern so stark, daß der Pleven-Plan schon heute als erledigt gelten kann, so sehr auch vor allem die Amerikaner, mit General Eisenhower an der Spitze, für ihn eingenommen sind, entsprechend ihrem ganzen Drängen auf eine Vereinheitlichung des europäischen Vielstaatenbetriebs überhaupt.

Die andere Schwierigkeit für die Verwirklichung der westdeutschen Wiederaufrüstung geht von den Deutschen selbst aus, die es nicht ohne volle politische und moralische Gleichberechtigung mit den anderen Mitgliedern des Atlantikbundes tun zu wollen erklären. Die alliierten Bedenken gegen diese Forderung sind noch keineswegs ganz überwunden; doch sind die Westmächte der Deutschen Bundesrepublik bereits so weit entgegengekommen, daß eine Einigung – bei etwelcher Diplomatie Adenauers und seiner Leute – nicht mehr fern sein dürfte. Frankreich ist jedenfalls für seine Staatsfinanzen und seine Volkswirtschaft, für seinen Krieg in Indochina und seine Kolonialmachtstellung in Afrika so unbedingt auf die Vereinigten Staaten angewiesen, daß es wie in allem übrigen, so auch in diesem Punkt nachzugeben gezwungen sein wird. In England sind die Hemmungen ohnehin nie groß gewesen. Und auch die allergetreueste Opposition der derzeitigen Bonner Regierung, die deutsche Sozialdemokratie samt den ihr nahestehenden Gewerkschaften, wird wohl zuletzt mit sich reden lassen und die lauten Töne dämpfen, in denen sie, den bürgerlichen Nationalismus überbietend, die völlige Auslöschung aller Spuren einer Zurücksetzung der Deutschen im gemeinsamen Freiheitskampf gegen den Osten fordert. So verliert der einst (scheinbar) übermächtige Widerstand der Westdeutschen gegen eine militärische Wiederaufrüstung mehr und mehr an Kraft, und ein Mitarbeiter der

Neuyorker «Nation», Mark Gayn, durfte schon im vergangenen Sommer (25. August) schreiben: «Während noch im letzten Herbst (also 1950) die Schaffung einer deutschen Armee wohl einen Aufruhr hervorgerufen hätte, würde sie heute angenommen werden – widerwillig, aber eben doch. Der Weg ist somit für die Alliierten frei, um eine Entscheidung zu erwirken.»

Gefallen ist die Entscheidung zwar noch nicht. Wenn aber der Neuyorker «Aufbau» von seinem aus Bonn schreibenden Korrespondenten R. von Wechmar gut unterrichtet ist, soll Westdeutschland aufgefordert werden, zunächst einen Beitrag von zwölf Divisionen an die Europaarmee zu leisten. Die Divisionen sollen je etwa 15 000 Mann stark sein, mit Einschluß aller rückwärtigen Dienste, Korps- und Armeeverbände aber eine Kriegsstärke von 30 000 Mann erreichen, was einer deutschen Armee des ersten Aufgebots von 360 000 Mann gleichkäme. («Aufbau», 2. November.) Und auch wenn man, den bisherigen Informationen gemäß, annimmt, daß alljährlich «nur» 250 000 westdeutsche Soldaten ausgehoben werden sollen, so würde die Bonner Republik nach vier Jahren bereits eine schlagfertige Armee von einer Million Mann besitzen.

Die Folgen Es ist klar, daß eine solche neudeutsche Wehrmacht ein entscheidendes Gewicht in allen europäischen Angelegenheiten haben müßte, zumal die Luftwaffe, wie sie in den deutsch-alliierten Plänen vorgesehen ist, weitaus mächtiger wäre als diejenige, mit der die Deutschen Anno 1939 Europa zu erobern unternahmen. Daran könnte auch die Ausführung des Pleven-Plans, so unwahrscheinlich sie ist, nur wenig ändern; bei der militärischen Schwäche Frankreichs, die mindestens auf absehbare Zeit nicht zu beheben sein wird, und dem Fernbleiben Englands von militärischen Verpflichtungen auf dem Festland müßte selbst eine «übernationale» Europaarmee tatsächlich ganz überwiegend eine *deutsche* Armee werden, die – militärisch gesprochen – das Schicksal Europas in Händen hätte. «Gleichberechtigung» Deutschlands auf dem militärischen Plan hieße in Wahrheit erdrückendes Übergewicht eines neuen deutschen Imperialismus und Militarismus – mit allen Folgen, die sich daraus ergeben müßten. Es hieße Verbauung aller Wege, die vielleicht einmal zu einer wirklichen, sozial und wirtschaftlich untermauerten deutschen Demokratie führen könnten. Es hieße den Westdeutschen das Werkzeug in die Hand geben, mit dem sie die deutsche Einheit nach bekanntem Muster wieder einmal «mit Blut und Eisen» zu schaffen versuchen würden. Und es hieße darüber hinaus die Deutschen zur Wiedereroberung ihrer verlorenen Ostprovinzen geradezu drängen. Beides, die gewaltsame Einigung Deutschlands und der deutsche Revanchekrieg gegen den Ostblock, mag im Sinn einer gewissen amerikanischen Machtpolitik sein; für Westeuropa wäre es die endgültige Katastrophe. Ernst wie noch kaum je zuvor warnt darum der «New Statesman» (den die Russen als an die amerikanischen Kriegsmacher ver-

kauft verlästern) im Anschluß an Außenminister Edens Erklärung, daß keine Rede davon sein könne, von der Eingliederung Westdeutschlands in das alliierte Militärsystem abzulassen:

«Die Kluft, die Ost und West scheidet, verläuft mitten durch Deutschland. Früher oder später muß diese Kluft überbrückt und Deutschland geeinigt werden. Amerika hat entschieden (und Großbritannien und Frankreich haben diesem Entscheid zugestimmt), daß dies nicht durch Verhandlung und Vereinbarung mit den Russen erreicht werden solle, sondern durch das Gewicht einer überlegenen Gewalt. Die einzige Art von deutscher Einheit, die sie jetzt noch dulden werden, ist die Ausdehnung des Machtbereiches der Bonner Bundesregierung auch auf die Ostzone. Die Russen und Kommunisten sollen durch den kombinierten diplomatischen und militärischen Druck des Westens hinausgeworfen werden.

... Innert der nächsten zwei Jahre sollen die Dinge, wie die Amerikaner ganz bewußt planen, einer Entscheidung entgegengeführt werden. Ob zu diesem Zweck eine förmliche Ultimatumspolitik angewendet werden soll oder nicht, ist unwesentlich. Es wird auf jeden Fall der Augenblick kommen, wo es den Russen klar sein wird, daß sie entweder kapitulieren oder aber zurückschlagen müssen. Eden betet zweifellos dafür, daß der Kreml, wenn er immer mehr in die Zange genommen werde, zum Nachgeben gezwungen werden könne. Aber er muß sich darüber klar sein, daß dafür nur ganz schwache Hoffnung besteht. Die Politik, auf die er, wie er fürchtet, festgelegt ist, ist derart, daß sie nach aller vernünftigen Berechnung zum Krieg führt.» (24. November 1951.)

Der Bankerott der alliierten Kriegszielpolitik, wie sie während des mörderischen Ringens mit Hitler verkündet wurde, könnte nicht drastischer festgestellt werden als mit dieser Kennzeichnung der heutigen Lage. Anstatt dem deutschen Militarismus und Imperialismus ein für allemal ein Ende zu machen, tun die Westmächte seit Kriegsschluß alles, um ihn erst recht neu zu beleben. Weit davon entfernt, dem deutschen Ausdehnungsdrang ein Ziel zu setzen, ermutigen sie ihn auf jede Weise, den zweimal gescheiterten Eroberungszug nach dem Osten ein drittes Mal zu unternehmen. Was Wunder, wenn die Deutschen mehr denn je überzeugt sind, daß Hitler und Goebbels eben doch recht hatten, und keinerlei Lust zeigen, ihre Vergangenheit zu bereuen, vielmehr die Westalliierten anklagen, ihren natürlichen und besten Verbündeten im Kampf gegen den Weltkommunismus fast zugrunde gerichtet zu haben!

Der alte Geist Nun, die Westmächte bemühen sich ja jetzt, diesen unbegreiflichen Fehler nach Kräften wieder gutzumachen. Deutschland soll – das ist vorab das Ziel der Vereinigten Staaten – auch wirtschaftlich und innenpolitisch eine feste Stütze des «freien Unternehmertums» werden. Schien sein alter Kapitalismus durch die nationalsozialistische Herrschaft nahezu vernichtet und sein konservatives Bürgertum sozusagen körperlich ausgerottet, drohte bei Kriegsende einen Augenblick lang ein wirklich neues Deutschland zu erstehen und die Notwendigkeit eines echten Sozialismus sich dem Volksbewußtsein aufzudrängen, so sorgte das weitsichtige Eingreifen Amerikas – und des Vatikans! – schnell dafür, daß die Gefahr gründlich gebannt wurde.

Nicht nur wurde durch eine großzügige amerikanische Stützungsaktion die am Boden liegende westdeutsche Wirtschaft wieder aufgerichtet und vor dem Versinken ins Chaos gerettet – auch die kapitalistische Eigentumsordnung wurde Zug um Zug wieder aufgerichtet und dem kapitalistischen Geist freie Bahn geschaffen. Der Neuaufbau der rheinisch-westfälischen Großindustrie mit amerikanischer Kapitalhilfe und unter den alten deutschen Wirtschaftsführern sowie die Durchsetzung einer liberalistischen Wirtschaftspolitik, zu der namentlich auch die Währungsreform von 1948 gehörte, waren die Hauptetappen dieses Weges. Eine Beschränkung der westdeutschen Industrieproduktion um die andere fiel, und heute bereitet nur noch die Furcht vor einer verheerenden deutschen Konkurrenz auf den britischen und amerikanischen Märkten den Westmächten etwelche Hemmungen in ihrem Streben, auch die wirtschaftliche Kriegskraft Westdeutschlands auf ein Höchstmaß zu steigern. Nicht zuletzt soll die Zusammenlegung der westdeutschen mit der französischen, belgischen und luxemburgischen Kohlen- und Stahlindustrie gemäß dem Schuman-Plan diesem Ziel dienen.

Die rheinisch-westfälischen Industrie- und Finanzkapitäne, die schon die beiden bisherigen Kriege Deutschlands möglich gemacht haben, fühlen jedenfalls wieder festen Boden unter den Füßen; die Ruhr erlebt neuerdings eine wirtschaftliche Hochkonjunktur wie kein anderes großes Industriekombinat in Westeuropa – und dabei hat die eigentliche Rüstungskonjunktur noch gar nicht begonnen. Die bloße *Aussicht* auf neue, große Lieferungen für den Heeresbedarf ist freilich schon jetzt ein Hauptantrieb für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Ein Wirtschaftsfachmann sagte mir, er empfehle jedem, der Spekulationsgewinne machen wolle, den Ankauf von Aktien der Knorrfabriken und der Bayrischen Motorenwerke! Der Produktionsindex der Ruhrindustrie ist denn auch, trotz allen bisherigen Hindernissen, in raschem Steigen begriffen; noch vor zwei Jahren stand er, die Leistung von 1936 mit 100 angenommen, auf 88, stieg dann auf 109 im letzten Jahr und ist bis heute schon stark über 130 hinausgekommen. Die Gewinne sind womöglich noch sprunghafter in die Höhe geschnellt. Zwischen 1947 und 1950 betrugen sie beispielsweise bei den größeren Stahlwerken, die von den Alliierten beaufsichtigt werden, nach Abzug der Steuern rund 260 Millionen Schweizer Franken; etwa 300 Millionen Franken sind gleichzeitig für Abschreibungen verwendet worden. In den nichtkontrollierten Industrien, besonders in den Verbrauchsgüterbranchen, sollen die Gewinne noch weit höher sein. Der Westdeutsche Gewerkschaftsbund schätzt, daß die Bruttogewinne in der Industrie seit 1936 um 330 Prozent gestiegen sind, während die Löhne nur 130 Prozent höher seien als damals. Die Klassengegensätze – die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – verschärfen sich unter diesen Umständen zusehends; nicht das am wenigsten auffallende Kennzeichen dieser Lage sind die maßlosen Angriffe des Bonner Justizministers Dehler auf die Gewerkschaften einerseits und die neue

Kampfansage des Gewerkschaftsbundes an die Regierung Adenauer-Erhard anderseits, gefolgt von der Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen der Bundesverwaltung.

Die westdeutsche Regierung ist in der Tat wirtschafts- und sozialpolitisch so rückschrittlich und – im kapitalistischen Sinn – klassengebunden, wie das überhaupt möglich ist. Sie steht damit noch weiter rechts als sogar Brünings Bürgerblockkabinett von 1930. Unter ihr arbeitet ein nicht minder engherziges, jeder Aufgeschlossenheit für die Zeitnotwendigkeiten ermangelndes Beamtentum, das schon wieder aufs stärkste von früheren Nazi und Nazifreunden durchsetzt ist. Die parlamentarische Mehrheit, die die Bundesregierung trägt, ist eine Koalition von Kleinbürgertum und Großkapital in verschiedenartiger Parteiausprägung, wie sie schon in der Weimarer Republik bestand und ihr Grab schaufelte. Die Linke – Sozialdemokraten und Kommunisten – ist als Ganzes schwächer denn je seit 1919 (von der Hitlerperiode natürlich abgesehen); mit etwa 30 Prozent der Gesamtstimmenzahl ist die Sozialdemokratie freilich stärker, die Kommunistische Partei mit kaum fünf Prozent hingegen bedeutend schwächer als 1920. Von der Bedeutung, die sie zu Beginn der dreißiger Jahre besaß – sie vereinigte damals 15 bis 18 Prozent aller Wählerstimmen auf sich – ist die Kommunistische Partei jedenfalls weit entfernt; Niederlage und Nachkriegsnot kamen nicht *ihr* zugut, sondern mehr und mehr den außerhalb der Regierungskoalition stehenden Parteien der Rechten.

In mannigfachen Tönungen ersteht so aufs neue ein radikaler Nationalismus und Faschismus, gestützt nicht zuletzt durch die Kriegsteilnehmerorganisationen, die in dem «Verband Deutscher Soldaten» eine eigentlich militaristische Dachföderation erhalten haben und im Kampf gegen Demokratie und Sozialismus und für eine neue Aufrüstung eine ebenso verhängnisvolle Rolle spielen könnten, wie sie die entsprechenden Bünde und Vereinigungen bei der Vorbereitung des Hitlerregimes gespielt haben. Immerhin ist nicht zu erwarten, daß in Westdeutschland in absehbarer Zeit ein wirklicher Neu-Nazismus zur Herrschaft komme; die wirkliche Gefahr, die von der radikal-nationalistischen Bewegung ausgeht, liegt vielmehr darin, daß einerseits die «gemäßigten» Nationalisten vom Schlag Adenauer sie gegen die Besetzungsmächte auszuspielen vermögen, um ihre «Gleichberechtigungs»-Forderungen durchzudrücken, anderseit aber unter ihrem Druck das ohnehin gebrechliche Gefüge der westdeutschen «Demokratie» vollends zusammensinkt. Wie wenig in dieser «Demokratie» das Volk tatsächlich zu sagen hat, ersieht man schon daraus, daß die Bonner Regierung die militärische Wiederaufrüstung ganz auf eigene Faust ins Werk gesetzt hat und sie – nicht durch eine besondere Abstimmung, sondern nur bei Gelegenheit von Bundestagswahlen – dem Volksurteil erst dann unterstellen will, wenn sie einigermaßen sicher sein kann, daß dank einer mehrjährigen Bearbeitung durch

Presse, Radio, patriotische Tagungen usw. der brave Deutsche mehr oder weniger überzeugt Ja sagt.[2]

Auf jeden Fall: mit oder ohne Formaldemokratie à la Weimar oder Bonn ist die Geistesverfassung der Mehrheit der Deutschen immer noch derart, daß von einer wirklichen Selbstregierung des Volkes im Ernst nicht gesprochen werden kann. Hitlers offene Diktatur war darum nur der folgerechte Ausdruck und die brutale Sanktionierung dieses Zustandes. «Eine solche Diktatur», schreibt Max Picard in seinem Buch «Hitler in uns selbst», «konnte wirklich mit Recht sagen, daß sie sich auf das ganze Volk stütze, sie entsprach einfach ganz und gar dem Wesen des ganzen Volkes. Sie saß wirklich fest im Volke. Sie brauchte keine theoretische Begründung, sie hatte auch keine, sie war im ‚Leben des Volkes' selbst begründet.» «Aber auch nachdem die Diktatur beseitigt ist», so fährt Picard fort, «ist der Zustand, der sie hervorrief, noch nicht beseitigt: die Struktur des Volkes, der die Diktatur entsprach, ist noch die gleiche. Eine Entsprechung im Äußeren für die allgemeine innere Diskontinuität (das heißt das Dahinleben ohne Zusammenhang mit dem Ganzen des Lebens, mit den Menschen, mit dem tiefsten eigenen Wesen. H. K.), eine sichtbare Entsprechung im Äußeren wird immer erstrebt werden, sei es im politischen, sei es auf einem anderen Gebiet, solange diese Diskontinuität vorhanden ist. Das ist eine Gefahr.»

Die östliche Lösung Wie steht es nun aber mit all diesen Dingen in Ostdeutschland? Ist Aussicht vorhanden, daß von hier aus das deutsche Problem eine sachgemäße Lösung erfährt? Ich bin nie in der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. (Unsere Presse und unser Radio sprechen mit leicht erkennbarer Absicht immer nur von «Ostzone», «Sowjetzone», «Sowjetzonenregierung» und dergleichen.) Auch stehen über die dortigen Verhältnisse weitaus weniger und auch weniger zuverläßige Berichte zur Verfügung, sodaß man weithin auf Erzählungen aller Art und auf ausgesprochene Propagandaliteratur der einen oder andern Seite angewiesen ist. So viel kann aber auch der Fernstehende mit Sicherheit sagen: Im Gegensatz zu den Westalliierten haben die Russen das deutsche Problem, soweit es politisch-gesellschaftlicher Natur ist, wenigstens erkannt. Und sie suchen es, im Bunde mit den ostdeutschen Kommunisten wie auch einem Bruchteil der nichtkommunistischen Bevölkerung, ernstlich zu lösen. Sie wissen, daß es jetzt entscheidend darauf ankommt, das wirtschaftliche und soziale Gefüge

[2] Zum Thema Presse: In seinem vorletzten Vierteljahresbericht erwähnt der amerikanische Hochkommissar McCloy, es würden jetzt Pläne ausgearbeitet, um der demokratischen Presse in Westdeutschland und Westberlin eine Finanzhilfe von 15 Millionen Mark zukommen zu lassen. Einige der «am meisten erwünschten» Zeitungen hätten die notwendige finanzielle Stärke immer noch nicht erreicht. Es sei aber zu hoffen, daß die westdeutsche Presse mehr und mehr zu einem kräftigen Werkzeug für die Schaffung einer wahren Demokratie werde. Zynismus oder Naivität?

Deutschlands von Grund auf umzuwälzen. Und sie *haben* eine solche Umwälzung auf wichtigen Gebieten bereits durchgeführt. Der ganze Großgrundbesitz in der D.D.R. ist aufgeteilt und damit dem Junkertum buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen. Eine Macht – insbesondere auch eine geistige Macht – ist damit ausgeschaltet worden, die in der deutschen und europäischen Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Die Industrie ist in verschiedenartiger Weise sozialisiert worden. Wirtschaftsplanung zum gemeinen Nutzen hat weithin das Gewinnstreben als leitendes Prinzip der Gütererzeugung und -verteilung ersetzt. Die Arbeiterorganisationen üben einen maßgebenden Einfluß auf Wirtschaft und Verwaltung aus. Die Sozialfürsorge ist wesentlich ausgebaut worden. Das Schulwesen ist demokratisiert worden, so daß jetzt auch Arbeiter- und Bauernkinder in viel stärkerem Maß als früher Zutritt zu allen Ausbildungsmöglichkeiten haben. Auch in der Verwaltung und in der Rechtspflege sind Reformen verwirklicht worden, die sich auf die Länge als wohltätig erweisen werden. Der Einfluß des Nazitums ist, wenn noch nicht ganz beseitigt, doch bedeutend stärker zurückgedämmt worden als im Westen.

Bei all dem sind gewiß auch schwere Fehler gemacht worden, die den Wert der neuen Einrichtungen erheblich beeinträchtigen. Auch erreicht die Lebenshaltung der Volksmehrheit offenkundig nicht den Stand, der in Westdeutschland immerhin erreicht ist, wobei man freilich nicht vergessen darf, daß Ostdeutschland nicht nur keine massive Geld- und Wirtschaftshilfe aus der Sowjetunion erhält, wie sie die Bonner Republik von Amerika bekommt, sondern umgekehrt unter dem Titel der Wiedergutmachung von Kriegsschäden (und sie sind ja in Rußland entsetzlich gewesen) größte Wirtschaftsleistungen an die Sowjetunion machen mußte und muß. Namentlich aber ist die Revolutionierung Oestdeutschlands mit Mitteln vollzogen worden, die uns zutiefst abstoßen und auf die Länge dem gewollten Zweck selbst abträglich sein müssen. Das Zwangs- und Diktatursystem, das auf dem Volke lastet, wird auch von den gehorsamsgewohnten Ostdeutschen nur mit äußerstem Widerwillen ertragen. Die geistige Dressur und Reglementierung besonders der Jugend richtet ärgste Verheerungen an. Die staatliche Zwangslenkung der öffentlichen Meinung und die Zensur, die in voller Blüte steht, ist nicht viel besser als die planmäßige Amerikanisierung des Volksdenkens in Westdeutschland.[3] Und so fort.

Trotz allem steht es für mich fest, daß die Sowjetunion in dem von ihr beherrschten Teil Deutschlands Änderungen bewirkt hat, die dem aggressiven Imperialismus an die Wurzel gehen und einer völligen Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnungen, einer Neugestaltung zum Guten, den Weg zu ebnen geeignet sind. Wenn sich der Westen darüber und

[3] Ich suche seit langem immer wieder, die «Neuen Wege» an Privatadressen in Ostdeutschland zu schicken – vergebens! Nicht einmal die Briefe kommen an, die ich jeweilen den Sendungen beilege.

über die dabei angewandten Methoden entrüstet, so möge er die gleichen Ziele mit besseren Mitteln erstreben! Solange er das nicht tut, wird er auch den Kommunismus vor seiner Tür nicht loswerden.

Oder doch? Die Sowjetunion hat ja durch den Mund Grotewohls, des Ministerpräsidenten der D.D.R., freie Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament vorschlagen lassen, unter Aufhebung aller Beschränkungen des Personenverkehrs zwischen der Ost- und der Westzone. Und das hieße natürlich das Verschwinden des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland, also die Angleichung der ostdeutschen Staats- und Wirtschaftsverfassung an diejenige der Bonner Republik. Aber als Gegenleistung für diesen Verzicht erwartet die Sowjetunion dann den Verzicht der Westmächte und Westdeutschlands auf Eingliederung der Deutchen Bundesrepublik in das atlantische Staaten- und Militärsystem. Ihr Gedankengang dürfte etwa der sein: Das deutsche Problem kann in absehbarer Zeit ja doch nicht durch eine wirtschaftliche und soziale Revolution gelöst werden, welche die Wurzeln des deutschen Imperialismus ausrotten würde. Also stellen wir Deutschland wenigstens auf eigene Füße und lockern seine Verbindung mit den Westmächten, die sowohl politisch wie auch wirtschaftlich die neue deutsche Konkurrenz zu fürchten allen Grund haben. Westdeutschland ist für sich allein wirtschaftlich ohnehin nicht lebensfähig, es sei denn als Dauerpensionär Amerikas; verbinden wir es darum wieder mit Ostdeutschland und fördern wir Gesamtdeutschlands Wirtschaftsbeziehungen mit Ost- und Südosteuropa, das für seine Industrie ein gewaltiges, unabsehbar zukunftsreiches Hinterland darstellt. – Die Sowjetunion läßt sich also, wenn diese Deutung ihres Angebotes richtig ist, von einer ähnlichen Erwägung leiten, wie sie für Moskau beim Abschluß des Stalin-Hitler-Paktes im Jahr 1939 wegleitend war: Die Einheitsfront der kapitalistisch-imperialistischen Mächte muß um jeden Preis gebrochen werden, auch um denjenigen eines vorläufigen Gewährenlassens des *deutschen* Imperialismus; andernfalls ist die Sowjetunion von vornherein verloren.

Es handelt sich hier nicht darum, über Recht und Unrecht dieses Raisonnements zu urteilen; wir wollten nur eine *Erklärung* für die neue russisch-ostdeutsche Taktik im Kampf um Deutschland versuchen.[4] Ob diese Taktik irgendwie Erfolg haben wird, erscheint mehr als zweifelhaft. Westdeutschland und die Alliierten wären natürlich sofort mit Wahlen für eine gesamtdeutsche Volksvertretung und einer darauf folgenden Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik einverstanden; zurzeit befaßt sich ja auch die UNO-Generalversammlung in Paris mit der Angelegenheit. Allein sie weigern sich, ihrerseits einen Preis für eine solche Einigung Deutschlands zu bezahlen; sie wollen ein «demokratisches» Gesamtdeutschland *und* dessen Anschluß an die Westmächte, den

[4] Paul Sweezy hat schon im Juniheft 1949 der «Monthly Review» eine ähnliche Wendung der russischen Deutschlandpolitik für möglich gehalten, wie sie jetzt offenbar eingetreten ist.

Fünfer *und* das Weggli. Und das will nun eben wiederum die Sowjetunion nicht – übrigens auch Frankreich nicht, das lieber den Atlantikbund in Stücke gehen sähe, als daß es sich mit einem remilitarisierten Alldeutschland zusammenspannen ließe. Also Fortsetzung des Kalten Krieges, gewaltsame Einigung Deutschlands, Zurückgewinnung der früheren deutschen Ostgebiete mit neuer Teilung Polens – und als Gegenaktion Rußlands: noch engere Verbindung Ostdeutschlands mit dem Sowjetblock, vielleicht sogar Präventivkrieg zur Zerschlagung der westdeutsch-alliierten Pläne, solange es noch Zeit sei?

Ohne uns! In den Vereinigten Staaten scheint man vor solchen Aussichten keine Angst zu haben – im Gegenteil. Die schon in unserer letzten Weltrundschau erwähnte Kriegsnummer von «Collier's Magazine» scheint es erneut zu beweisen. Was einen bei der Durchsicht dieses Heftes mit seinen zum Teil phantastischen Artikeln und grell-aufreizenden Bildern vor allem erschreckt, ist die unglaubliche Leichtfertigkeit, mit der die Mitarbeiter die Folgen eines dritten Weltkrieges für Europa ins Auge fassen. Einer faselt sogar von einem «goldenen Zeitalter», das für die Menschheit anbrechen werde, wenn die Westmächte den großen Kampf gegen den Weltkommunismus siegreich durchgestanden hätten; die andern ergehen sich in einer gänzlich wirklichkeitsfernen Ausmalung der Freiheits- und Kulturwonnen, deren das russische Volk nach dem gewaltsamen Sturz der bolschewistischen Tyrannei teilhaftig werden müsse – als ob nach einem dritten Weltkrieg in Europa überhaupt noch etwas von Freiheit und Kultur übrig bliebe!

Glücklicherweise regt sich auch in Amerika der Widerspruch gegen solch unverantwortliche Phantastik. In «The Nation» (10. November) macht Professor Philip E. Mosely darauf aufmerksam, daß gerade die Selbstenthüllung einer Denkweise, wie sie in «Collier's» zum Ausdruck komme, den *Widerstand der europäischen Völker* gegen die amerikanischen Absichten mehr und mehr entfachen müsse: «Der leidenschaftliche Lebenswille Westeuropas kann die Kraft werden, die alle unsere Berechnungen über den Haufen wirft . . . Dieses ‚Collier's'-Heft sollte gewaltig seine Entschlossenheit verstärken, einen Weg zur Vermeidung des Krieges zu finden, den, wie man sieht, amerikanische Unreife in der Weltpolitik herbeizuführen droht . . . Die verwundbaren Europäer werden auf diesen Seiten überzeugendes Beweismaterial dafür finden, daß sie, wenn sie schon den Zusammenprall nicht abwenden können, Zuflucht in der Neutralität suchen müssen.»

Die Losung «*Ohne uns*» drängt sich ja allmählich uns Westeuropäern wirklich mit Urgewalt auf. Wie sehr sie vor allem dem Denken und Fühlen der *Franzosen* entspricht, wurde hier schon manchesmal dargetan. Die wachsende, von Amerika begünstigte national-militaristische Strömung in Westdeutschland – Bundeskanzler Adenauer sprach bei seinem Pariser Besuch offen von der Notwendigkeit einer, wenn auch an-

geblich friedlichen, Erweiterung der deutschen Ostgrenzen mit gleichzeitiger Schaffung eines «freien, demokratischen Polens» – und das Drängen der Amerikaner auf eine energische Beschleunigung der französischen Aufrüstung erzeugt weitherum in Frankreich einen eigentlichen Widerwillen gegen die politischen Ziele und Methoden der Vereinigten Staaten. «Der Umstand, daß die Amerikaner uns Waffen geben», so rief General de Gaulle an der letzten Tagung seiner «Sammlungsbewegung» in Nancy aus, «ist noch kein Grund, daß wir ihre Untertanen sein sollten. Statt uns von ihnen mehr und mehr in die Tasche stecken zu lassen, müssen wir als souveräne Nation den Atlantikpakt auf eine vertragsmäßige Grundlage stellen, wobei jedermanns Pflichten klar zu umschreiben sind.»

Und wenn auch de Gaulle selbst einer deutschen Aufrüstung grundsätzlich ebenso zustimmt, wie er sich einem Arm-in-Arm mit den Deutschen zu führenden Kreuzzug gegen den Weltkommunismus anzuschließen bereit ist, so setzt sich doch im französischen Volk immer deutlicher die Einsicht durch, daß es nicht Westeuropas Sache sein kann, als Schauplatz eines amerikanisch-russischen Krieges um die Weltmacht zu dienen. Diese Einsicht hat auch in *Westdeutschland* ihre überzeugten, tapferen Bekenner. Mag hier Gleichgültigkeit, Untertanengeist und Russenpanik den Widerstand der Volks*mehrheit* gegen die Wiederaufrüstung weithin zermürbt haben – eine Minderheit führt den Kampf dennoch unermüdlich weiter. Was Dekan G. Weber in Stuttgart-Cannstatt (nach dem «Christlichen Friedensdienst», April-Juni 1951) in einer Ansprache festgestellt hat, das ist auch vielen anderen deutschen Männern und Frauen Gewißheit: «Das in zwei Weltkriegen ausgeblutete Deutschland wird im Ernstfall für beide Parteien Aufmarsch- und Schlachtfeld. Wir waren zwei-, wenn nicht dreimal der Politik der verbrannten Erde ausgesetzt. Selbstmord aber kann von keinem Volke erwartet werden.» In Württemberg-Baden hat sich beispielsweise eine Arbeitsgemeinschaft der unabhängigen Friedensvereinigungen gebildet, der die dortigen Zweige der Deutschen Friedensgesellschaft, der Kriegsdienstgegner, der Religiösen Sozialisten und des Versöhnungsbundes angehören, und die mit Flugblättern, Versammlungen, Schreiben an Bundestagsabgeordnete usw. dem Rüstungswahn konsequent entgegentritt. Wichtig und wertvoll scheint auch die Bewegung zu sein, deren Mittelpunkt Professor Ulrich Noack in Würzburg ist. Und so ließen sich noch zahlreiche weitere Aktionen nennen.

Nötig ist aber insbesondere, daß die Kämpfer gegen Deutschlands Wiederaufrüstung auch vom Ausland her Unterstützung bekommen. Manches ist hier ja schon geschehen; ich erinnere nur an die internationale Tagung, die im vergangenen Frühjahr in Paris stattgefunden hat. Neuerdings wendet sich der sozialdemokratische schwedische Reichstagsabgeordnete Georg Branting, der Sohn des verstorbenen großen Hjalmar

Branting, in einer Veröffentlichung, die auch als Sonderdruck erschienen ist, gegen die Remilitarisierung Deutschlands.[5] «Wenn man», so sagt er,

«in Frankreich, England, Holland, Belgien, Skandinavien, Italien oder der Schweiz dem einfachen Mann in der Stadt oder auf dem Lande die Frage vorlegt: ‚Ist es richtig, daß Deutschland wieder aufrüstet?', dann lautet die Antwort bestimmt überall und sehr entschlossen: ‚Nein!' Der schwedische Standpunkt ist ähnlich; die absolute Mehrheit unseres Volkes nimmt die Pläne zur Remilitarisierung Deutschlands mit außerordentlichem Unbehagen auf. Man teilt bei uns nicht die ‚offizielle' Auffassung Westeuropas von der internationalen Lage. Das Argument, wonach die Remilitarisierung Deutschlands sich gegen eine ‚Bedrohung aus dem Osten' richtet, überzeugt uns nicht.

...Es ist bestimmt einmalig in der Geschichte, daß eine Reihe großer Völker, die erst vor kurzem zum soundsovielten Male Opfer der Aggression eines gemeinsamen Feindes wurde, der schließlich besiegt werden konnte, sich so verblenden läßt, daß sie diesen ehemaligen Feind nur sechs Jahre später selbst wieder bewaffnet!... Die ‚Politik' eines solchen Deutschlands besteht nicht nur darin, im trüben Wasser der internationalen Lage zu fischen, sondern auch darin, dieses Wasser immer mehr zu trüben, das relative Gleichgewicht zu stören, das die Grundlage des Weltfriedens ist. Und so ist die Remilitarisierung Deutschlands gegenwärtig nicht nur eine unmittelbare Bedrohung seiner Nachbarn, sondern auch die Vernichtung aller Hoffnungen auf eine Epoche des Friedens und allgemeiner Abrüstung.»

Das müßte gerade auch das Schweizervolk klar sehen, statt in der gleichen Kommunistenangst, mit deren Hilfe man jetzt Westdeutschland in einen neuen Militarismus hineintreibt, seine eigene Kriegsrüstung vollends auf die Spitze zu treiben. Und es müßte auch aus der Schweiz dem Kampf der deutschen Rüstungsgegner viel stärkere Hilfe geleistet werden, als das bisher der Fall ist. Ja, es müßte eine machtvolle internationale Bewegung entstehen, die all die Kräfte zusammenfaßte, welche in der deutschen Wiederaufrüstung die zentrale Gefahr für den Frieden erkennen. Deutschlands Schicksal bestimmt das Schicksal ganz Europas. Und einzig europäische Solidarität im Widerstand gegen Krieg und Kriegsrüstung wird die deutsche Frage ihrer endlichen Lösung entgegenführen. Die Zeit des Handelns ist nur mehr kurz!

7. Dezember. *Hugo Kramer*

[5] Ehre der schwedischen Sozialdemokratie, daß sie diesen Mann duldet! In der «freien» Schweiz wäre er längst hinausgeworfen worden.